

Pro Campus-Presse.

Die Initiative zur Förderung journalistischen Engagements an Hochschulen

Ein Themenservice von MLP und dem Medienfachverlag Rommerskirchen

Januar 2006

Wissenschaftsjahr 2006

Bits und Bytes

Zurück in die Zukunft: Nachdem 2005 Albert Einstein im Mittelpunkt des Wissenschaftsjahrs stand, richten Bundesregierung, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur den Blick nun wieder nach vorn. 2006 wird das Jahr der Informatik. Damit ruft das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) bereits zum siebten Mal ein Wissenschaftsjahr aus.

Veranstaltungsreigen Das Programm kann sich sehen lassen. Gemeinsam mit der Initiative „Wissenschaft im Dialog“ und anderen Partnern plant das Bundesministerium eine Reihe von Veranstaltungen, die nicht nur Fachleuten, sondern vor allem auch Laien die Wissenschaft von den Bits und Bytes näher bringen sollen. Hauptziel des Informatikjahrs ist es, die Bedeutung der noch jungen Disziplin als Bestandteil unseres

täglichen Lebens und als wichtigen Wirtschaftsfaktor hervorzuheben. Eröffnet wird der Reigen am 17. Januar in Berlin. Ab Februar startet die regionale Reihe „Zukunft entwickeln“ unter Federführung der Gesellschaft für Informatik und der Fraunhofer Gesellschaft. Auf der CeBIT in Hannover (9. bis 15. März) wird das BMBF

mit einem Messestand zum Thema „Mensch-Technik-Interaktion“ vertreten sein.

Wer zugleich Technik- und Fußballfan ist, sollte sich den „RoboCup 2006“ vom 14. bis 20. Juni in Bremen nicht entgehen lassen. Zu der zehnten Weltmeisterschaft der Fußball-Roboter werden – parallel zur „herkömmlichen“ Fußball-WM – mehr als 300 Teams aus 40 Ländern erwartet. Damit ist das Turnier das größte und bedeutendste Robotik-Ereignis der Welt.

Und das Informatikjahr geht noch weiter. Vom 15. bis 21. Juli steigt in München der Wissenschaftssommer, unter anderem mit einer Ausstellung über Konrad Zuse, den Erfinder des Computers. Zeitgleich versammelt das paneuropäische EuroscienceOpenForum internationale Spitzenforscher in der bayerischen Hauptstadt.

Aachener Innovationen Anfang Oktober gibt es auf der „Woche der Informatik“ in Dresden Wissenschaft zum Anfassen. Drei Wochen später, vom 23. bis 25. Oktober, lädt der Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik in Aachen zum Kongress „Innovations for Europe“ – neben Teilnehmern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Medien sind auch Studenten willkommen.

Das noch um einiges umfangreichere Gesamtprogramm, weiterführende Infos und ein Presseservice gibt es im Internet auf der Seite www.informatikjahr.de. ● avg



THEMENTIPP I

Der Preis ist nobel

Willy Brandt bekam ihn 1971 – für seine Entspannungs- und Ostpolitik. Max Planck, der Begründer der Quantentheorie, erhielt seinen 1918 und damit noch vor Albert Einstein, der 1921 nicht etwa für seine bahnbrechende Relativitätstheorie ausgezeichnet wurde, sondern für die Entdeckung des Gesetzes des photoelektrischen Effekts. Die Chronik der Nobelpreise ist lang und enthält durchaus die eine oder andere Überraschung.

Bereits seit dem Jahr 1901 werden die von dem schwedischen Industriellen und Dynamiterfinder Alfred Nobel (1833 – 1896) gestifteten Preise alljährlich am 10. Dezember – Nobels Todestag – verliehen. Sie gelten als die höchste Ehrung, die einem Wissenschaftler zuteil werden kann. Wie Nobel in seinem Testament verfügt hat, folgt die Vergabe der Preise strengen Regeln. Nur nominierungsberechtigte Personen (ehemalige Preisträger, Mitglieder von ausgewählten Institutionen und Vereinigungen) dürfen Vorschläge einreichen; alle die Nominierung betreffenden Informationen werden anschließend für 50 Jahre unter Verschluss gehalten. Die Preisträger erhalten eine Urkunde, eine Goldmedaille und einen Geldbetrag, der sich aus dem Jahreszinsbetrag der von Nobel gegründeten Stiftung ergibt.



Verliehen werden die Nobelpreise in sechs Kategorien. Nach dem Willen Alfred Nobels werden die größten Errungenschaften auf den Gebieten der Physik, der Chemie, der Physiologie oder Medizin, der Literatur und im Einsatz für den Frieden ausgezeichnet. Die sechste Kategorie, Wirtschaftswissenschaften, kam im Jahr 1969 hinzu – gestiftet von der schwedischen Reichsbank.

Maximal drei Personen können sich einen Nobelpreis teilen, lediglich der Friedensnobelpreis kann dabei auch an Institutionen gehen. Was den Ort der Preisverleihung angeht, bildet der Friedensnobelpreis ebenfalls eine Ausnahme: Während er traditionell vom norwegischen König in Oslo überreicht wird, erhalten alle anderen Preisträger ihre Auszeichnungen vom schwedischen König in Stockholm.

Weiterführende Links: www.nobelprize.org (offizielle Website der Nobelstiftung), www.nobelpreis.org (private Seite in Anlehnung an das Wikipedia-Prinzip), www.dhm.de/lemo/html/kaiserreich/wissenschaft/nobelpreis/index.html (Lebendiges Virtuelles Museum Online, ein Projekt vom Deutschen Historischen Museum und Partnern), www.br-online.de/wissen-bildung/thema/nobelpreis/index.xml (Themenspecial auf der Website des Bayerischen Rundfunks).

WETTBEWERB

MLP Campus-Presse Award

Am 14. November 2005 endete die Einreichungsfrist für den MLP Campus-Presse Award 2006. Insgesamt beteiligten sich 33 studentische Hochschulmagazine aus dem ganzen Bundesgebiet und darüber hinaus auch aus Österreich, der deutschsprachigen Schweiz und Ungarn an dem Wettbewerb.

Die Jury, bestehend aus journalistischen Profis wie Christoph Keese (Chefredakteur *Welt am Sonntag*) und Gabriele Fischer (Chefredakteurin *brand eins*) sowie Vertretern aus Wissenschaft, Unternehmens- und Hochschulkommunikation, tritt Anfang März zusammen. Wer den diesjährigen Preis für die beste Hochschulzeitung erhält, wird voraussichtlich Anfang des Sommersemesters bekannt gegeben.

Der Award wurde 2004 von Pro Campus-Presse, einer gemeinsamen Initiative des Finanzdienstleisters MLP und des Medienfachverlags Rommerskirchen, ins Leben gerufen (www.procampuspresse.de).

SURFTIPP

Kochbuch für Studis

Selbst hartgesottenen Mensagängern soll es schon passiert sein: Plötzlich hatten sie die Schnauze voll von den zehntausendfach auf Plastiktablets geklatschten „Menüs“. Doch was ist die Alternative, wenn man einen klammen Geldbeutel hat und außerdem nicht gerade Experte ist im Umgang mit Pfannen und Töpfen? Ein Besuch auf www.studentenkochbuch.net könnte das Problem lösen.

Denn dort findet sich das „ultimate Studentenfutter“, zusammengetragen von einer fleißigen Privatperson. Das Angebot ist durchaus professionell aufbereitet. Unterteilt in die Kategorien „Kleines“, „Großes“, „Suppiges“, „Salatiges“, „Besonderes“, „Süßes“ und „Trinkbares“ liefert die Seite rund 250 Rezepte, darunter Studentenklassiker wie Bratkartoffeln und Nudeln mit Tomatensauce. Wer's eilig hat, kann aber auch die 15-Minuten-Pfanne ausprobieren, für raffinierte Gaumen gibt es arabische Hähnchenschenkel oder Boeuf Stroganoff. Der angegebene Schwierigkeitsgrad bewegt sich meist zwischen „für Männer ;-)“ und „echt nicht schwierig“ – ein überschaubarer Aufwand auch für abtrünnige Mensagänger.



Das „ultimate Studentenfutter“.

SATZBAU

Gänsefüßchen

„Wohin setzt man eigentlich die Satzzeichen bei einem wörtlichen Zitat?“, fragen sich auch gestandene Journalisten immer mal wieder. „Vor die Anführungsstriche oder dahinter?“ Die Antwort ist ein wenig fies: Es kommt drauf an. Ist der Satz vollständig in wörtlicher Rede, so kommen Punkt, Fragezeichen oder Ausrufezeichen mit hinein, zum Beispiel: „Die deutsche Rechtschreibung nervt!“ Geht der übergeordnete Satz nach der wörtlichen Rede weiter, bleibt das Abschlusszeichen des zitierten Satzes ebenfalls innerhalb der Gänsefüßchen, danach setzt man ein Komma. Also etwa: Der Journalist schnaufte: „Warum muss ich mich mit diesem Blödsinn beschäftigen?“, und schlug den Duden zu.

Aber es geht auch anders: Ist der zitierte Satz nicht vollständig, steht der Punkt außerhalb der Anführungsstriche. Damit, sagte sie, sei „der Artikel über Gänsefüßchen zu Ende“.

PRESSERECHT

Autorisierung

Muss man Interviews den Gesprächspartnern vor Veröffentlichung noch einmal vorlegen? Ja, man muss – wenn die Interviewten es wünschen. Und nicht nur das: Auch für wörtliche Zitate, eingestreut in einen Fließtext, gilt: Man ist verpflichtet, den Zitierten ihre Aussagen noch einmal vorzulegen, wenn diese im Vorhinein darauf bestanden haben.

Dabei ist das Recht auf Autorisierung keineswegs gesetzlich verankert. Die Strafe, die bei Nichtbeachtung dieser ungeschriebenen Regel droht, ist anderer Art: Der Journalist riskiert, es sich mit dem Interviewten zu verschern. Mögliche Konsequenzen: Man bekommt keine Interviews mehr von der betreffenden Person, oder man wird gleich ganz von ihrem Kommunikationsfluss abgeschnitten. Ein Szenario, das die informationsabhängigen Medienvertreter lieber vermeiden.

Zumal eine Autorisierung per se nichts Schlechtes sein muss, solange sich beide Seiten entsprechend professionell verhalten. So sollten Journalisten nie mehr herausgeben als die Zitate ihrer Gesprächspartner, notfalls – zum besseren Verständnis – versehen mit Hinweisen auf den Kontext. Der Fließtext selbst bedarf keiner Genehmigung und sollte vor Veröffentlichung nicht weitergereicht werden. Eine Ausnahme bilden Interviews, die ja nur aus Zitaten bestehen und daher in Gänze vorzulegen sind.

Die Interviewten wiederum sollten diese nachträgliche Möglichkeit, in den Text einzugreifen, nicht missbrauchen, indem sie Aussagen verdrehen, übermäßig glätten oder gar ganz zurücknehmen. Ein Kardinalfehler ist, in den Fragen des Journalisten herumzupfuschen. Solche Änderungen – immer mal wieder von Gesprächspartnern oder von ihren Pressestellen vorgenommen –, braucht der Journalist nicht zu übernehmen. Vielmehr dient die Autorisierung dem Zweck, zu überprüfen, ob der Berichterstatte die Aussagen korrekt wiedergibt und ob die notwendigen Kürzungen und Einpassungen den Sinn des Gesagten erhalten.

THEMENTIPP II

Hochschulpakt 2020

Von Annette Schavan war bislang noch nicht viel zu hören. Die CDU-Politikerin übernahm im November 2005 das Amt der Bundesministerin für Bildung und Forschung und hat somit auch bei den Hochschulen ein Wörtchen mitzureden. Eine Gelegenheit, die sie ausgerechnet zwischen Weihnachten und Neujahr erstmals nutzte: Am 27. Dezember kündigte Schavan in der *Berliner Zeitung* an, den Bundesländern einen „Hochschulpakt 2020“ vorzuschlagen. Schon diesen Monat sollen die ersten Beratungen zwischen Bund und Ländern starten. Ziel sei es, so die Ministerin, eine Strategie zu entwickeln, wie man mit dem Zuwachs an Studenten umgeht. Nach Einschätzung der Kultusminister wird die Zahl der Studierenden bis zum Jahr 2012 um rund 25 Prozent steigen, bevor sie anschließend langsam wieder sinkt. Annette Schavan, die den Zuwachs ausdrücklich begrüßt, sieht daher Bedarf an zusätzlichen Mitteln, beispielsweise beim Personal oder bei der Ausstattung der Institute. Die Bundesregierung sei bereit, sich zusammen mit den Ländern finanziell zu engagieren, versprach die Ministerin.



Foto: tddp

Annette Schavan plant einen Bund-Länder-Pakt.

Impressum

Herausgeber:
MLP und
Medienfachverlag Rommerskirchen

Redaktion:
Katharina Skibowski (V.i.S.d.P.),
Thomas Breiding, Michaela Paus,
Anna von Garmisen,
Tel.: 02228/931-150,
Fax: 02228/931-137,
E-Mail:
insight@rommerskirchen.com
www.rommerskirchen.com

Medienfachverlag Rommerskirchen,
Mainzer Straße 16-18,
53424 Remagen-Rolandseck

MLP Finanzdienstleistungen AG,
Thomas Breiding,
Forum 7, 69126 Heidelberg,
Tel.: 06221/308-2193,
Fax: 06221/308-1131,
E-Mail:
kontakt@procampuspresse.de,
www.procampuspresse.de

MLP-THEMENSERVICE

Das bisschen Haushaltsbuch

An guten Vorsätzen zum neuen Jahr mangelt es selten: nicht mehr auf den letzten Drücker für Klausuren lernen, öfter mal zum Unisport gehen, endlich die Diplomarbeit anmelden. Ein Vorsatz, der vor allem dem Geldbeutel zugute käme, fehlt in dieser Reihe: Mit dem Start ins Jahr 2006 könnte man sich auch ein Haushaltsbuch anschaffen und erst mal Kassensturz machen.

Wer sich die Mühe gibt, jeden Monat genau Buch zu führen, wie viel Geld er wofür ausgibt, merkt nicht nur schneller, ob und warum er ins Soll rutscht. Er findet auch leichter heraus, wo er sparen kann. Denn die Buchführung deckt versteckte Kostenfaktoren auf. Beispielsweise schlagen Kontoführungsgebühren regelmäßig zu Buche. Zwar bieten Kreditinstitute Studierenden – gegen Vorlage des Studentenausweises – in der Regel ein kostenloses Konto samt Kreditkarte an; aber der Nulltarif gilt meistens nur bis zum 27. Lebensjahr. Ab dann lohnt sich möglicherweise der Wechsel zu einer anderen Bank, die Studenten länger kostenlos betreut oder zumindest niedrigere Kontoführungsgebühren verlangt. Doch Vorsicht: Günstige Konditionen sind zum Teil mit der Bedingung verknüpft, dass monatlich ein bestimmter Mindestbetrag auf dem Konto eingeht. Sonst kann der vermeintliche Billigtarif schnell teuer werden.

Vergleichen spart Auch bei allen anderen Posten empfiehlt es sich, sie durchzurechnen und einzeln zu prüfen: Telefon, Versicherungen, Energiekosten, Rundfunkgebühren (von diesen können sich BAföG-Empfänger befreien lassen), Vereinsmitgliedschaften, aber auch alltägliche Ausgaben. Manches lässt sich reduzieren, anderes kann man sich komplett sparen – wie die Überziehungsgebühren für die Uni-Bibliothek, die im Einzelfall nicht wehtun, sich aber auf Dauer läppern, oder die Kosten fürs Fitnessstudio, in dem man schon seit Wochen nicht mehr war. Wem der Aufwand zu groß ist, jeden Monat sämtliche Ausgaben zu notieren, kann zumindest hochrechnen, also seine Einnahmen mit den regelmäßigen Ausgaben vergleichen.

Informationslücke

Der Widerspruch in Sachen Rentenkürzungen ist groß. Rentner gehen zum Demonstrieren auf die Straße, während die am meisten Betroffenen, etwa die Studierenden, kaum wissen, dass sie die Hauptleidtragenden der Kürzungen sind. Die Renten sinken, fast niemand wird in Zukunft allein von den staatlichen Auszahlungen leben können. Dennoch wis-

sen die wenigsten, welche Fördermöglichkeiten es für die private Altersvorsorge gibt. So ergab jüngst eine repräsentative Umfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag von MLP durchgeführt hat, dass fast 80 Prozent der Deutschen über staatliche Zuschüsse bloß „teilweise“ (49 Prozent) oder „gar nicht“ (29 Prozent) informiert sind. In der Altersgruppe zwischen 16 und 29 Jahren ist das Info-Defizit besonders deutlich: Hier halten nur zwölf Prozent der Befragten ihr Wissen über die Fördermöglichkeiten für „ausreichend“. Dabei tut Vorsorge not. Wie das Deutsche Institut für Altersvorsorge ausgerechnet hat, wird der Anteil, den die staatliche Rente zum Bruttoeinkommen



Während die Senioren auf die Straße gehen, ahnen viele Studierende nicht, dass sie die Hauptbetroffenen der Rentenkürzungen sein werden.

des durchschnittlichen Rentnerhaushalts beiträgt, bis 2040 auf unter 40 Prozent sinken. Das heißt, die private und betriebliche Vorsorge müssen künftig deutlich mehr als die Hälfte des Rentnereinkommens ausmachen. Zumal das seit 2005 geltende Alterseinkünftegesetz vorsieht, dass die gesetzliche Rente künftig immer

stärker besteuert wird – während der zu versteuernde Ertragsanteil für private Rentenversicherungen sinkt. Auch wenn man erst am Start ins Erwerbsleben steht, sollte man jetzt schon für die Zukunft planen. Nur wer früh anfängt, für die Rente zu sparen, kann den Zinseszins-Effekt voll nutzen. Diesen hat der „Wirtschaftsweise“ Bert Rürup in einem F.A.Z.-Interview nicht umsonst als das „achte Weltwunder“ bezeichnet, weil er aus wenig Geld und viel Zeit einen ordentlichen Gewinn macht.

Auch kleine Beträge anlegen Der Zinseszins-Effekt macht sich schon bei kleinen Beträgen bemerkbar. So gibt es Altersvorsorgeprodukte, bei denen man bereits mit einem geringen Monatsbeitrag einsteigen kann. Hinzu kommen die staatlichen Förderungen, von denen man derzeit profitieren kann. Wer sich beispielsweise für die Riester-Rente entscheidet, zahlt in eine private Rentenversicherung, einen Banksparplan oder einen Fonds ein und erhält dafür vom Staat eine Grundzulage und – falls er Nachwuchs hat – auch eine Kinderzulage. Zudem kann er die privat gezahlten Beiträge steuermindernd geltend machen und die Höhe seiner Beiträge auf die eigenen finanziellen Mittel abstimmen, sprich reduzieren oder erhöhen.